CDU will neue Stellen für die Polizei im Saarland

GdP sieht sich in Ihrer Einschätzung der Personalsituation durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser bestätigt:

Der Personalabbau in der Polizei muss gestoppt werden

Durch die Ankündigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser sieht sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in ihrer Einschätzung zur Personalsituation in der Polizei bestätigt. Wie prekär die Situation in der saarländischen Polizei unter dem Eindruck der Einsatzbelastung mittlerweile ist, wurde zuletzt durch die breit angelegte, wissenschaftlich begleitete Mitglieder-befragung der GdP bei Beschäftigten des Landespolizeipräsidiums offenkundig.

Die GdP will weder das vereinbarte Ziel der Rückführung der Neuverschuldung grundsätzlich in Frage stellen noch einen „Überbietungswettbewerb“ im öffentlichen Dienst des Landes starten. Es geht ausschließlich darum, auf die sich aus den Krisen entwickelnden Realitäten angemessen zu reagieren. Es hilft nicht, nach dem Motto „Was ich nicht sehe, existiert nicht.“ die Augen zu verschließen. Niemand sollte übersehen, dass sich die Geschäftsgrundlage für die Schuldenbremse aus dem Jahr 2010 dramatisch verändert hat und außer dem Saarland alle Bundesländer bereits realitätsnahe Konsequenzen gezogen haben. Bayern z.B. investiert 500 Mio Euro in den öffentlichen Dienst, um die Krise zu bewältigen. Wer gleiche Lebensverhältnisse in einem föderalen System will, darf nicht zulassen, dass unser Saarland im Hinblick auf die öffentliche Daseinsvorsorge völlig abgehängt wird.

Wir fordern deshalb nochmals eindringlich dazu auf, in der gemeinsamen Runde „Zukunftssichere Landesverwaltung“ zwischen Landesregierung und Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes diese Frage gemeinsam zu erörtern. Alle hochbelasteten Bereiche des öffentlichen Dienstes (z.B. Innere Sicherheit, Bildung, Justiz und soziale Dienste) sind dabei einzubeziehen.

Wenn Klaus Meiser dies nun avisiert, zeigt das, dass er die Realitäten anerkennt und über den Tag hinaus denkt. Insbesondere in der Polizei müssen personalpolitische Entscheidungen, die morgen wirken sollen, heute getroffen werden. Es muss berücksichtigt werden, dass es drei Jahre dauert, bis eine Polizistin bzw. ein Polizist ausgebildet ist und eingesetzt werden kann.

Die GdP fordert deshalb dazu auf:

1. Zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten durchschnittlichen Einstellungsgröße von 100 – 110 Polizeivollzugsbeamte zurückzukehren.
2. Den zusätzlichen Abbau von Tarifbeschäftigten in der Polizei zu stoppen.
3. Kurzfrist wirkende Entlastungen der Vollzugspolizei durch ggf. befristete Beschäftigungsverhältnisse im Tarifbereich zu prüfen.

v.i.S.d.P.:
Lothar Schmidt, GdP-Saarland,
Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken, Tel.: 0681 84124 10